

# Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werttätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 Mt.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 928

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebenzehnjährige Zeitdauer oder deren Raum 180 Vlg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Vlg., Reklamen 500 Vlg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 262.

Montag, den 8. November 1920.

27. Jahrg.

## Das rote Licht aus dem Osten.

„Das Licht kommt aus dem Osten“, hat der Neukommunistenhauptling Däumig auf dem Parteitag in Halle gesagt, und tatsächlich starren Teile der deutschen Arbeiterschaft immer noch wie hypnotisiert nach diesem Licht, von dem sie alles Heil erwarten.

Vor Halle und in Halle ist dem deutschen Proletariat deutlich gesagt worden, wie es in Russland ausschaut. Alle die Russlandfahrer, die englischen Genossen, die italienischen Moskautreue, die Dittmann, Crispian und Kühle, auch die deutschen Arbeiter, die in dem erleuchteten Osten ein neues Leben beginnen wollten und zerschlagen und vernichtet wiederkehrten, haben der deutschen Arbeiterschaft erzählt, was für eine verzehrende Flamme das Licht im Osten ist.

Auf dem Halleischen Parteitag aber zerriss der russische Menschewist Martow die letzten Schleier und offenbarte das russische Elendsbild in seiner ganzen kläglichen Nacktheit, so daß selbst der große Lügner und Demagoge Sinowjew nichts anderes konnte, als die von den Dittmännern verbreitete Wahrheit über Russland als richtig anzuerkennen.

Rücksichtslos und endgültig sind jetzt die Illusionen zerstört, mit denen die deutschen Arbeiter lange Zeit von Kommunisten und „Unabhängigen“ gefüttert wurden. Denn gellend schrien es auch die Dittmänner den deutschen Arbeitern in die Ohren, daß sie nur die Diktatur einer Minorität nach russischem Muster aufzurichten haben, um aller Mitleid, aller Leiden Herr zu werden, um wirtschaftlich menschenwürdige Zustände zu schaffen.

Die Dinge liegen nun nach dem großen Aufdämmern aber so klar, daß man zweifeln möchte, daß es immer noch deutsche Arbeiter gibt, die von dem „Lichte aus dem Osten“ geblendet werden. Und doch! Wie vernagelt starren nun die Leute um Däumig, Stöder und Levi nach Moskau, suchen verzweifelt nach Entschuldigungsgründen für die gegenwärtigen schrecklichen Zustände in Russland, zaubern neue Lichtpunkte hervor und folgen slavisch als zuvor den Befehlen, die man in Moskau diktiert. Die westeuropäischen, vor allem die deutschen Arbeiter sollen nun die Schuld am russischen Elend haben, weil sie die Moskauer Diktatoren im Stiche gelassen und nicht wirksam genug untertützt haben.

Die ganze Hoffnung der herrschenden Bolschewisten in Russland war und ist auf die Weltrevolution gesetzt; ihr Gebilde schwankt und bricht zusammen, wenn die Arbeiter in Deutschland, Italien, Frankreich und England nicht „Weltrevolution machen“ und dadurch den zusammenstürzenden Bau Lenins stützen. Der Linkskommunist Kühle, der auch in Moskau war, hat das in mehreren Versammlungen der R. V. D. mit zynischer Offenheit ausgesprochen und gesagt, daß Lenin und Trotzky gar nicht anders können, als das deutsche Proletariat zum Loschlagen zu zwingen, ganz gleichgültig, ob die Vorbedingungen dafür gegeben, ob Aussichten auf Erfolg vorhanden, ob die deutschen Arbeiter wollen oder nicht. Die Bolschewistenherrschaft, die mit Sozialismus nichts zu tun hat und die brutalste Gewaltdiktatur ist, wankt, und da fragen die Moskauer Diktatoren nicht nach dem Wohl und Wehe der deutschen Arbeiter, da fragen sie nicht nach dem Schicksal des Sozialismus, da befehlen sie um ihrer Despotie willen ihren deutschen Vasallen, schlägt los, zengt den Bürgerkrieg und fittet mit Blut unseren auseinanderberstenden Thron zusammen.

Auf dem Altar der Moskauer Despotie soll die deutsche Arbeiterbewegung, soll der Sozialismus wie ein Opferlamm abgeschlachtet werden, und so unglaublich es klingt, es finden sich in Deutschland verblendete Henkersknechte, die das deutsche Proletariat auf die Schlachtbank schleifen wollen.

Sinowjew hat in Halle das Signal gegeben, indem er unter dem Beifall der Neukommunisten in den Saale rief, — „daß die Leute von der „gelben“ Gewerkschaftsinternationale gefährlicher sind als die Weißgardisten und die Orgeßmannen“. — Nicht gleich auf den ersten Blick ist dieser Haß der russischen Machthaber gegen die Gewerkschaftsinternationale verständlich, denn gerade die Gewerkschaftsinternationale war es, — die durch die Verhinderung der Munitionstransporte und andere wirklich revolutionäre Taten den Russen wirksam unter die Arme gegriffen.

Aber bei genauerem Zusehen begreift man den unbegreiflichen Haß der Sinowjew und Genossen. Die Gewerkschaftsinternationale hat sich nicht zum willenlosen Sklaven der Bolschewisten machen lassen, sie stellt das Wohl des Proletariats und des Sozialismus höher als die Despotie Lenins; sie hat sich freie Hand behalten, die Kraft des Proletariats dort einzusetzen, wo es notwendig ist und mit Erfolg gesehen kann. Die Gewerkschaftsinternationale ist den Moskowitern tatsächlich ein Hemmnis auf ihrem Wege, durch sie wird die Opferung der deutschen und westeuropäischen Arbeiter den moskowitischen Herrschaftsgelüsten gehindert. Darum ist der Haß der Bolschewisten gegen die Gewerkschaftsinternationale viel größer als gegen die Weißgardisten und Orgeßleute, mit denen die Moskauer Diktaturabetter nur zu oft an einem Strange ziehen, mit denen sie sich sogar verbinden (siehe das Bündnis mit dem nationallistischen Armenierschlächter Enver Pascha), um die freiwirtschaftliche Arbeiterbewegung niederzuschlagen.

So unglaublich und paradox es klingt, es ist aber in der Tat so: Die wichtigste Gegenwartsarbeit der Moskowiter ist die Zerschlagung der Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften. Papst Lenin hat den Befehl erteilt, und seine geistlichen Trabanten gehen willig an die verderbliche Arbeit. Die Richtlinien für diese Arbeit hat ihnen Lenin in der Schrift über die „Krankheiten des Kommunismus“ gegeben, wo er schreibt:

„Man muß es verstehen, wenn es nötig ist, sogar List, Schlaueit, illegale Methoden, Verschweigung der Wahrheit anzuwenden, um nur in die Gewerkschaftsverbände einzudringen, in ihnen zu bleiben, in ihnen kommunistische Arbeit durchzuführen.“

Mit List, illegalen Methoden und Lügen sollen die Alt- und Neukommunisten in die gewerkschaftlichen Organisationen eindringen, sollen sie unterminieren und zerstören. Die „Radikalsten“ verrichten diese Arbeit mit einem Eifer, daß allen Arbeiterfeinden und Kapitalisten vor Freude das Herz im Leibe laßt. Aber sie fragen noch viel offener und „radikaler“ das Moskauer Sprengpulver in die Gewerkschaften, um, geblendet von dem „Licht aus dem Osten“, der deutschen Arbeiterbewegung den Todesstoß zu versetzen. Die Mitgliederversammlung der halleischen Neukommunisten hat nach dem Uzi-Parteitag eine Entschliebung angenommen:

„die ihre Mitglieder verpflichtet, in den Gewerkschaften für ein klares Bekenntnis zur dritten Internationale von allen Vorstandsmitgliedern der einzelnen Gewerkschaften sowie der Kartellvertreter sofort Sorge zu tragen, diejenigen Gewerkschaftsfunktionäre, welche uns politisch bekämpfen, aber sofort zu veranlassen, ihre Posten niederzulegen. . . Die Mitglieder der Gewerkschaften aber werden verpflichtet, in ihrer Gewerkschaft als tätige Träger der dritten Internationale kommunistische Zellen zu bilden mit dem Ziele, die Gewerkschaften zu erobern nach den Thesen der dritten Internationale.“

Entkleidet man diese Entschliebung der altgewohnten Phrasen, dann bleibt nichts als der Wille, die Gewerkschaften um jeden Preis zu zerstören, den entschlossensten und gefährlichsten Feind des Kapitalismus zu vernichten.

Das deutsche Proletariat steht vor schweren Kämpfen, vor gewaltigen entscheidenden Auseinandersetzungen mit seinem eigentlichen Feind, dem Kapitalismus. Dieser notwendige Kampf kann aber nur erfolgreich geführt werden, wenn die gewerkschaftlichen Organisationen intakt bleiben und die politische Stokkraft konzentriert wird. Der deutsche Arbeiter kämpft um seine Existenz und den Sozialismus, er darf nicht unterliegen und muß darum das Moskauer Sprengpulver frühzeitig unschädlich machen; er muß verhindern, daß er als Opferlamm für die Moskauer Herrschaftsgelüste auf die Schlachtbank geschleppt wird und dadurch dem Kapitalismus zum leichten Siege verhilft.

Den geblendeten Moskowitern muß das Handwerk gelegt und überall mit der nötigen Entschiedenheit die Einheit der Gewerkschaftsbewegung gesichert werden. Den Moskauer Päpsten und ihren willenlosen deutschen Werkzeugen muß von der deutschen Arbeiterschaft gesagt werden, daß das „Licht aus dem Osten“, von dem Däumig redet, nur ein totes Licht ist, eine verzehrende Flamme, die alles verbrennt und tötet, was im Interesse des Proletariats und des Sozialismus leben muß.

## Deutscher Reichstag.

28. Sitzung, Sonnabend, den 6. November 1920.

### Protest gegen Cypen-Malmedy und die Vorgänge im besetzten Gebiet.

Auf der Tagesordnung stehen die Interpellationen gegen die Abstimmung in Cypen-Malmedy — von allen Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten eingebracht — und die demokratische Interpellation über das besetzte Gebiet. Nicht weniger als 7 Stunden lang trägt Redner auf Redner Material zusammen, das beweist, wie rechtlos und schutzlos Deutschland heute ist. Gewiß, es ist notwendig, daß Deutschland Protest erhebt gegen die Farce einer Volksabstimmung, bei der von 53 000 Einwohnern ganze 271 ihre Stimme abgaben, abgeben konnten, um nicht zu sagen durften; gewiß, es ist notwendig, Protest zu erheben gegen den unerfüllten französischen Militarismus, der sich mit den letzten Blutstropfen des deutschen Volkes die und jetzt mäht; gewiß, es ist notwendig, auch unser Material der Welt vorzuführen, wie die deutsche Zivilbevölkerung gepeinigt und maltreatiert wird von eingebildeten Offizieren Frankreichs und schwarzen Kulturbringern — aber es ist schließlich nicht notwendig, daß ein solcher Protest 5 ermüdende Stunden lang sich hinschleppet und zu einem großen Teile in Wiederholungen besteht. Noch weniger notwendig ist es, daß dabei die Vertreter jener Kreise soweit das Mögliche aufreizen und so überzeugende Brusttöne der Entrüstung finden, die einst mit denselben gewaltigen Worten alles Schlechte auf die bösen Feinde herniederwünschten, kaum minder schwere Lasten ihnen auferlegen wollten und den Rest einen vaterlandslosen Gesellen nannten, der auch nur den geringsten Versuch machte, deutsche Kriegsvergehen zu brandmarken. Ihnen sagte Genosse Sollmann (Köln)

und der rechtsunabhängige Breitscheid, sowie der Neukommunist Fries entsprechend die Meinung. Es entspricht sicher der Stimmung der überwältigenden Mehrzahl der Arbeiterkreise des Rheinlandes, wenn Genosse Sollmann mit der Versicherung schloß, daß das Rheinland die Brücke zwischen Deutschland und Frankreich bildet, daß es aber ablehnt, sich vom französischen Militarismus ausaugen und schikanieren zu lassen, und ebenso ablehnt, ein Staat von Frankreichs Gnaden zu werden.

Die Rechtsparteiler Oberfahren und Moldenhauer fanden gar viel patriotische Töne, die aber nie unangebracht waren, als in dieser Sache. Da war es doppelt interessant von dem Neukommunisten Fries zu hören, daß in verschiedenen Städten wohlhabende Villenbesitzer — also doch sicher Mitglieder der nationalen Parteien — lieber französische und englische Offiziere bei sich aufnahmen, als die Zwangseinquartierung von deutschen Arbeitern und Beamten zu dulden. Als Quintessenz der Aussprache kann man sich die sympathischen Ausführungen des Außenministers Simons zu eigen machen, der zu der einen Frage betonte, daß Deutschland die Abstimmung in Cypen und Malmedy nicht als eine echte Volksabstimmung anerkennen könne, sondern sich alle Rechte auf die beiden Kreise wahre; zur anderen, daß es eine befriedigende Lösung erst dann gebe, wenn der Militarismus und der Imperialismus der Entente enden und einem gerechten Völkerbunde Platz machen würden.

Bei der Interpellation über die Kartoffelversorgung sang der Deutschnationale Schimmelpfennig das hohe Lied der freien Wirtschaft und verteidigte in qualvoll langen Ausführungen den Standpunkt der Landwirtschaft. Der berühmte Reichsernährungsminister Herms löste natürlich ebenfalls seine Politik zu rechtfertigen und ließ in sprudelnder Rede eine Aufstellung folgen, die sich so übel gar nicht anhörte, aber vom Anhören werden die Kartoffeln nicht billiger und nicht mehr und das immer und immer wiederholte Versichern der Notwendigkeit der Aufhebung der Zwangswirtschaft läßt die entsetzlichen Folgen dieses freien Spiels der Kräfte nicht vergessen.

Am Regierungstisch: Simons, Koch. Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 10.20 Uhr. Auf der Tagesordnung steht eine Interpellation Schiffer (Dem.), die von allen übrigen Parteien, mit Ausnahme der linken „Unabhängigen“ unterstützt wird. Darin wird gefragt, welche Stellung die Reichsregierung gegenüber dem Beschluß des Völkerbundes einnimmt, Belgien die endgültige Souveränität über die Kreise Cypen und Malmedy zuzusprechen. Mit dieser Interpellation verbunden wird ein Interpellation Korell (Dem.) über die Lage in dem besetzten Gebiete des Rheinlandes. Darin wird Auskunft erbeten über die Höhe der Besatzungskosten, die Behandlung der Bevölkerung und über Maßnahmen zur Hebung der Rückkehr der wegen Abwehr separatistischer Bestrebungen Ausgewiesenen.

Hg. Bell (Zentrum) begründet die erste Interpellation. Die Besatzungstruppen betrachten das besetzte Gebiet als Aufmarschgelände. Die Reichsregierung muß alles tun, um Deutschland zu seinem Rechte zu verhelfen. Der Geldüberfluß in dem von den Amerikanern besetzten Gebiete ruft große stillische Verwilderung hervor. Noch heute besteht die Kulturstände der Besetzung durch schwarze Truppen. Wir appellieren an das Weltgemissen. Der Spruch des Völkerbundes, der Cypen und Malmedy den Belgiern zuweist, ist abzulehnen, denn nach dem Friedensvertrage ist die Wollverammlung des Völkerbundes zuständig. An sie appellieren wir und verlangen Nachprüfung. Wir sind ehrlich bestrebt, mit der belgischen Bevölkerung wieder in ein freundschaftliches Verhältnis zu kommen. Wir verlangen, daß auch die Schuld der Entente nachgeprüft wird.

Reichsminister des Innern Dr. Simons: Die schwere Not der Bevölkerung in den Kreisen Cypen und Malmedy hat im ganzen deutschen Volke wärmstes Mitgefühl erweckt. Die Reichsregierung hat dem Völkerbund ein Weisbuch mit reichem urkundlichen Material über das Verhalten der belgischen Behörden gegenüber der deutschen Bevölkerung gestellt. Sie hat beantragt, die Volksbefragung für ungültig zu erklären und eine neue, unbeeinflusste Abstimmung vorzunehmen. In dem Beschluß des Völkerbundes über die endgültige Festlegung der Souveränität der beiden Kreise fehlt eine Bezugnahme auf unser Weisbuch, was uns ganz. Auf unsere zahlreichen Beschwerden haben wir niemals eine umfassende Antwort bekommen. Wir wissen nicht, ob unser Material überhaupt geprüft worden ist. (Sört, hört!) Unsere Versuche, darüber Auskunft zu erhalten, sind gescheitert. Der Völkerbund meint, daß keine Stimmung für Deutschland in den Kreisen Cypen und Malmedy bestehe, weil sich von 260 000 Seelen nur 272 Einwohner eingeschrieben haben. Diese Zahl beweist gerade, daß die Abstimmung nicht in der richtigen Form vorgenommen sein kann. Besonders aus rechtlichen Gründen kann nach Überzeugung der deutschen Regierung der Beschluß des Völkerbundes nicht aufrecht erhalten werden, denn der Rat ist für Cypen und Malmedy nach dem Wortlaute des Friedensvertrages überhaupt nicht zuständig. Die Entscheidung kann auch nur durch die Völkerbundsversammlung getroffen werden. Die Reichsregierung wird keine Gelegenheit verpassen, der Welt vor Augen zu führen, welches Unrecht sich in Cypen und Malmedy abgespielt hat. Sie hofft, daß der Völkerbund endlich eine eingehende Prüfung des vorgelegten Materials vornimmt, und von seiner Grundlage der Gerechtigkeit nicht abweicht. Die Regierung hofft aber auch, daß zu irgend einer Zeit die Beziehungen zu Belgien wieder einmal aufgenommen werden, die es der belgischen Regierung und der belgischen Bevölkerung nahelegen, nicht länger über das uralte Recht der deutschen Bevölkerung in Cypen und Malmedy hinwegzugehen. (Beifall.)

Hg. Korell (Dem.): In dieser Frage sind wir alle einig. Den Beamten, die im Saarlande ausgehakt haben, sprechen wir unsern Dank aus. Die Rheinländer sind ein reindeutscher Stamm.

Wir lehnen die Eingriffe der Franzosen in unsere politischen Verhältnisse ab. Wir verlangen Rücksicht auf unser elementaristisches Menschenrecht, jene übertriebene Grenzpropaganda zu verwerfen. Aber man kann nicht ein kulturell hochstehendes Land 15 Jahre lang wie ein Kolonialgebiet behandeln. Es ist unerträglich, daß die Rheinlandkommission niemandem verantwortlich ist und von uns Geld anfordern kann, wann und wieviel sie will. Das französische Volk muß wählen, ob einige Offiziere sich in Deutschland aufhalten sollen, oder ob es die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete will. Das Heer und sein Gefolge nimmt die Wohnungen in Anspruch, sobald die deutsche Bevölkerung verdrängt wird. Wirtschaftliche Beziehungen mit Frankreich wären nur auf dem Boden der Gerechtigkeit möglich. Redner gibt dann ein Bild der Verdrängungen, die die rheinische Bevölkerung zu erleiden hat. Das Verhalten zahlreicher Mitglieder der Bevölkerung gibt leider zu großer Entrüstung und Scham Anlaß. Meist handelt es sich aber um deutsche Dürren, nicht um deutsche Kriegen. Im Rheinlande verkehrt man den Parteihader, der in Deutschland herrscht, nicht. Das Rheinland hält treu zum Reich.

Reichsminister des Innern Koch: Ich freue mich, daß im Rheinland die Einheitsfront der Parteien aufrechterhalten ist. Die Kosten der Besatzungstruppen sind unerhört. Bisher sind 6,2 Milliarden angemeldet. Nach Angabe von Doucencourt kostet die Besatzung jährlich 27 Milliarden. Diese Lasten sind für das verarmte Deutschland unerträglich. Die Heere sind noch von Nahe und Mithachtung gegen die Deutschen erfüllt. Daraus erklären sich die zahlreichen Ausschreitungen. Wegen der Ausschreitungen ist Protest erhoben worden. Wo man, wie im Rheinlande, der Festhaltung am Deutschum sicher ist, braucht man keine nationale Propaganda. Es kommt nur an auf die Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls. Der Rhein ist noch immer unser deutscher Strom. (Beifall.)

Hr. Söllmann (Soz.): Unser Recht in dieser Frage ist unantastbar. Wir alle empfinden das Unrecht, das den Rheinlanden zugefügt worden ist. Gerade weil wir das Unrecht, das Belgien erlitten hat, zugeföhren, wenden wir uns dagegen, daß durch neues Unrecht die Schranken zwischen beiden Ländern verengt werden. Der belgische Parteigenosse Broutere hat die Zustimmung in Eupen einen Rechtsbruch genannt. Möge diese Auffassung bald Gemeingut der ganzen Welt werden! Ich kenne Eupen und Malmedy. Ich weiß, daß es eine belgische Bewegung dort nie gegeben hat. Eine kleine Gruppe von Kriegsgewinnlern hat aus Gründen der Steuerhinterziehung den Anschluß an Belgien gesucht. Ich schreibe mich der Meinung an, die Entscheidung des Völkerbundes nicht als endgültig anzunehmen. Wir haben an den Völkerbund appelliert, allerdings ohne besondere Hoffnung. Nur ein wirklicher Bund der Völker, nicht der kapitalistischen Regierungen, wird zu einer freien und gerechten Verständigung der Welt gelangen. Die Rheinlandkommission hat versprochen, es der Bevölkerung so leicht wie möglich zu machen. Aber das Versprechen wurde nicht gehalten. Der gute Wille war vielfach vorhanden, aber die Kommission selbst war abhängig von den Militaristen und Unionisten, wie das ja öfter vorkommen soll. Der Entente-Militarismus soll endlich mit der von Deutschland vorgemachten Abklärung beginnen. (Sehr richtig!) Redner wendet sich dann nochmals den riesigen finanziellen Lasten zu, die die Rheinlandkommission und die Besatzungen Deutschlands auferlegen und bringt darüber verschiedene Einzelheiten. Uns Sozialdemokraten liegt jede Bekämpfung der Besatzungstruppe als höherer Wert; wir bekämpfen den Militarismus an sich, denn wir wissen, daß die zwei Jahre Besatzung mehr zur Stärkung des Chauvinismus in Deutschland beigetragen haben, als die größten Anstrengungen der deutschen Chauvinisten selbst. (Sehr richtig! links.) Wir verlangen, daß die Entente uns nicht als Feinde behandelt, denn wir leben mit Frankreich im Frieden. Die deutsche Besatzung Frankreichs im Jahre 1870 könnte den Entente-Truppen zum Vorbild dienen. (Sehr richtig!) Redner bearbeitet dies aus französischen Zeugnissen aus den Jahren nach 70. Dann wendet sich Redner gegen die übertriebenen Gerüchte von Separationsbestrebungen und betont, daß der deutsche Gedanke nie lebendiger war, als heute.

(Beifall.) Jede Grenzlinie zu Frankreich wurde auch den französischen revolutionären Föderalisten durch die Besatzung gründlich zerstört. Den amerikanischen und englischen Besatzungen danken wir, daß sie sich stets heftiger Einnischung in die Politik des Reichs enthalten haben. (Beifall links.) Es muß in der Reihe und in der öffentlichen Meinung ein Unterschied gemacht werden zwischen hochverräterlichen Bestrebungen mancher Fremdenländer und jenen anderen, die im Rahmen des Reichs größere Autonomie streben. Die Schwäche der eigentlichen Separatisten ist so offensichtlich, daß sich keine Gruppe getraut hat, um Selbstregung eigene Witten anzustellen. (Sehr wahr!) Redner wendet sich dann gegen die Unterforderung des Hrn. Kroll, gegen diese kleinen Schwächen, besonders die Frage der Erziehung, und wendet zur Schöpfung von Märkten. Der Ministerial der französischen republikanischen Politik wird ein dauernder bleiben, wenn die innere Politik Deutschlands entsprechend verläuft. (Sehr richtig!) Wir sozialistischen Rheinländer wollen gerne eine Brücke zwischen den beiden großen Kulturreichen Deutschland und Frankreich bilden, wahren uns aber gegen den westeuropäischen Imperialismus, gegen den wir eine feste Mauer bilden werden, eng und untrennbar verbunden mit der deutschen Republik. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Hr. Oberhofen (Dk.): Die erschütternden Darlegungen über die Lage der Bevölkerung in den besetzten Gebieten müssen berechtigtes Mitleiden erregen. Rechtlos und verstoßen ist die Bevölkerung im besetzten Gebiet. Ein justizbarer rechtlicher und wirtschaftlicher Druck lastet auf anderen Volksgenossen. Ihre materielle Bekämpfung hat aber diese schwere Belastungsprobe bis jetzt abwendig gehalten. Wir tragen jetzt einen guten Teil der französischen Heereslast. Die internationale Gerechtigkeit wird durch die Zustimmung in Eupen und Malmedy aufs brutale verletzt. Auf unsere unabweislichen Anfragen vermag man uns von beiden keine Antwort zu geben. Der Völkerbund hat kein Urteil des Rechts, sondern ein Urteil der Macht gefällt. Seine Entscheidung wird das Rechtsempfinden des deutschen Volkes unter keinen Umständen als rechtsverbindlich anerkennen. (Beifall rechts.)

Hr. Dr. Maltenhauer (Dk.): Unsicherheit und Unfreiheit sind das Los der Rheinischen Bevölkerung. Welt über 3000 Leute sind bereits durch Anwerbung für die Fremdenlegion verführt worden. (Hört, hört!) Frankreichs politisches Ziel ist die Eroberung des Rheins. Das sucht es durch Einbürgerung und Siedlung zu erreichen. Bisher sind aber keine Versuche an der Staatshoheit der Rheinischen Bevölkerung gescheitert. Der Völkerbundsentscheid über Eupen und Malmedy werden wir niemals anerkennen. Frankreichs Rheinpolitik ist nur eine Anknüpfung. Es ist das Rheinland als Aufmarschlande gebraucht. Die Last, die das Rheinland zu tragen hat, muß durch Vereinfachung des Instanzenganges und durch Erlass der Schäden erleichtert werden. Wir dürfen den Franzosen nicht durch Selbstbestrafungsbestrebungen im Rahmen des Reichs Anlaß zu einer Fortsetzungspolitik geben. Die deutschen innenpolitischen Gegenstände dürfen am Rhein niemals zu außenpolitischen werden. (Lebhafte Beifall rechts.)

Hr. Breitfeld (Unabh. Soz. rechts): Unsere Kundgebung hätte ein Recht gewonnen, wenn sie kürzer gewesen wäre. Hr. Kries-Rohr (Unabh. Soz. links): Wir lehnen die Gewaltmaßnahmen in Eupen und Malmedy ab, wenn wir auch die Interpellation nicht unterzeichnen haben.

Hr. Deermann (Soz. Vorkämpfer): Die besetzten Gebiete sollen und müssen unter allen Umständen beim deutschen Reich bleiben. Wir fordern die Verlangung der Ausbau des Artikels 118 der Weimarer Verfassung.

Dann schließt die Aussprache. Es folgt dann eine Interpellation der Deutschnationalen, die darüber klärt, daß von den auf Lieferungsverträge abge-

schlossenen Kartoffeln noch große Mengen unabgenommen sind. Weiter fehlt es an Eisenwagnen.

Hr. Schimmelfennig (Dk.): Wir haben volles Verständnis für die Not der Bevölkerung, aber diese Not darf nicht politisch ausgenutzt werden.

Ernährungsminister Dr. Hermes gibt einen eingehenden Überblick über die Kartoffelproduktion des vergangenen Jahres und rechtfertigt die Aufhebung der Zwangswirtschaft. Die Reichsregierung wird energisch gegen den Wucherer und Schieber eingeschritten.

Nächste Sitzung Donnerstag, 18. November, nachmittags 3 Uhr: Sozialdemokratische Interpellation über die Sozialisierung. Interpellation der deutschen Volkspartei über die Not des deutschen Mittelstandes, deutsch-nationale Kartoffelinterpellation, Kleine Vorlagen.

Schluss nach 6 Uhr.

## Eine Kundgebung der 2. Internationale gegen Moskau.

Wie der „Telegraaf“ aus London meldet, hat der Ausschuss der Zweiten Internationale am Schluss seiner zweitägigen Beratungen eine Kundgebung gegen die Dritte Internationale veranlassen, in der es heißt:

Sozialismus bedeutet Frieden, Volkswirtschaft bedeutet Gewalt und Krieg. Wir erheben gegen die Leiter der Dritten Internationale die Beschuldigung, daß sie die Arbeiter demokratisieren. An Stelle der Demokratie setzen sie eine bewaffnete Diktatur, nicht die des Proletariats, sondern die eines Ausschusses ein. Sie beleidigen 27 Millionen organisierte Arbeiter, indem sie sie Streikbrecher nennen. Mögen sie auch mit der Kolonialversteigerung ein Ende gemacht haben, so setzen sie an ihre Stelle die Staatskassareier.

Die Kundgebung ist unterzeichnet von Henderson, MacDonald (England), Vandervelde und Hunsmans (Belgien), Troelstra (Niederlande), Otto Wels (Deutschland) und Artur Engberg (Schweden).

## Die abgebliebenen Helgoländer Hochverräter.

Wie die „Morningpost“ berichtet, antwortete die englische Regierung den Helgoländern, die sich auf Grund des Vertrages von 1890 an sie wandten, daß die Regierung nicht in der Lage sei, ihren Wünschen zu entsprechen.

## Pestjura gestürzt?

Die „Westukrainische Presseagentur“ meldet aus Lemberg unterm 6. ds. Mts.: Aus Kamenez-Podolski wird berichtet, daß General Pawlenko, der Oberkommandierende der Streitkräfte der ukrainischen Volksepoche, Pestjura gestürzt habe und sich selbst zum Militärdiktator der Ukraine ausgerufen hat. Weiter verriet er sich, daß Pestjura sich gegenwärtig in Haft befinde. General Pawlenko soll sich dem General Skrupowski zur Verfügung gestellt haben.

## Das Schicksal Danzigs.

U. Paris, 7. November. Die Botschafterkonferenz hat gestern eine Entscheidung in der Frage von Danzig getroffen. So hat den neuen Wortlaut der Konvention angenommen, die am 15. November gleichzeitig mit der Verfassung der freien Stadt Danzig unterzeichnet werden soll. Die Vertreter der Stadt Danzig werden bereits am Dienstag unterzeichnen und sodann Paris verlassen.

## Die weiße Schreckensherrschaft in Ungarn.

Der Deutsche Transportarbeiterverband und der Deutsche Eisenbahnerverband haben vom Sekretär des Internationalen Transportarbeiterverbandes, Fimmen, ein Schreiben folgenden Inhaltes erhalten, das vom Vorstand des österreichischen Eisenbahnerverbandes ausgeht:

„Unser ungarischer Berufskollege Josef Glatter, gewesener Obmann des ungarischen Lokomotivführerverbandes, wurde vom ungarischen Ausnahmegerichtshof wegen Unterstützung nothleidender Kollegen zum Tode durch den Strang verurteilt, nachdem er schon früher durch die Horthy-Schergen vom zweiten Stof auf das Pflaster gestürzt und schwer verletzt wurde. Wir österreichische Berufskollegen, bitten Sie, im Namen unserer Berufsolidarität bei Ihren Regierungen sofort dringend Vorstellung zu erheben, damit die Vollstreckung des Urteils im Namen der Menschlichkeit verhindert werde.“

Hoffentlich gelingt es, das Opfer den Klauen der Horthy-Barbaren zu entreißen.

## Berlin unter syndikalistischem Terror.

Streik der Elektrizitätsarbeiter.

Durch den wilden Streik einiger Gruppen städtischer Arbeiter in Berlin, besonders der Elektrizitätsarbeiter, ist die Reichszentrale an der Spree seit Sonnabend ohne Licht und Kraft. Berlin liegt im Dunkeln. Der Straßenbahnverkehr ruht gänzlich. Nur die Hoch- und Untergrundbahn, die ihre Kraft selbst herstellt, kann den Verkehr aufrecht erhalten und arbeitet mit Anspannung aller Kräfte und bei ungeheurer Ueberfüllung der Wagen. Das gesamte Geschäft- und Erwerbsleben der Stadt ist aufs schwerste gehemmt und gefährdet. Eine Reihe Berliner Zeitungen, darunter auch die „Freiheit“, hat das Erscheinen gänzlich einstellen müssen oder kann, wie der „Vorwärts“ nur in stark vermindertem Umfang erscheinen. In den Krankenhäusern, die ohne eigene Stromlieferung sind, können Operationen nicht vorgenommen werden. Ein kleines Häuflein der Kommunisten und Syndikalisten hat es noch immer nicht aufgegeben, wirtschaftliche Aktionen der Arbeiterschaft zu politischen Zwecken auszunutzen. Während sich die übergroße Mehrheit der Gemeindefürsorge für eine Unterzeichnung über den Schiedspruch des Berliner Einigungsamtes entscheidet hat, vermögen es die radikalen Töne des Führers der Elektrizitätsarbeiter, Solt, diese in einen Streik zu treiben, der sich nicht gegen die kapitalistische Ausbeutung, sondern gegen die von sozialistischen Interessen der Arbeiterschaft geleitete Gemeinde-Groß-Berlin richtet. Von welcher Selbstsucht der gegenwärtige wilde Streik getragen wird, geht aus den Worten des Solt hervor, der in einer Versammlung der Elektrizitätsarbeiter geäußert haben soll: „Wir bekommen unsere Lohn-erhöhung, und wenn es über Bräun geht!“ — Da die Führer der organisierten Arbeiterschaft den Streik nicht billigen und auch die dahinter stehenden Arbeiterkreise deren Haltung durchaus billigen, ist mit keiner langen Dauer des Streiks zu rechnen. In unterrichteten Kreisen hofft man, daß die Streikenden unter dem Druck der Meinung der ungeheuren Mehrheit der Arbeiterschaft die Arbeit

halb wieder aufnehmen werden. Sollte das nicht der Fall sein, so hat der Magistrat bereits in Erwägung gezogen, die Streikenden zu entlassen und sie durch Arbeitslose zu ersetzen. Die Regierung hat noch am Sonnabend die Vertreter der Gemeindefürsorge und städtischen Behörden zu Verhandlungen aufgefordert, die auch alsbald aufgenommen wurden. Das Ergebnis der Verhandlungen war, daß die Arbeiter sich schriftlich bereit erklärten, wenigstens die Notstandsarbeiten in ausreichendem Maße wieder zu verrichten! Daraufhin hat die Reichsregierung beschlossen, daß die Technische Nothilfe, die bereits eingegriffen hatte, bei Eintreffen der Arbeiter aus den von ihr in Gang gesetzten Werken wieder zurückgezogen werden soll. Die Uebergabe der beiden Elektrizitätswerke Moabit und Nimmelsburg erfolgte demgemäß noch Sonntag nachmittag ohne ernste Reibungen in voll betriebsfähigem Zustande. Das ebenfalls von der Technischen Nothilfe in Betrieb gehaltene Elektrizitätswerk in der Birkenstraße in Steglitz wird jedoch vorläufig noch weiter von der Technischen Nothilfe im Gange gehalten, da sich noch keine Arbeiter zur Abholung derselben gemeldet haben. Die Arbeit der Technischen Nothilfe war unter großen Erschwernissen bereits soweit gediehen, daß beispielsweise im Werk Moabit mit der Uebergabe von Strom an die Unterstationen hätte begonnen werden können. Da die in Dunkel gehüllte Stadt jetzt der besonderen Sicherung bedarf, befindet sich die Ordnungspolizei in dauernder Alarmbereitschaft.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

### Die Vollsozialisierung des Kohlenbergbaus.

Gemäß einem einstimmigen Beschluß hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion im Reichstag folgende Interpellation eingebracht:

„Ist die Reichsregierung bereit, zu erklären, wann sie den schon wiederholt — und besonders eindringlich nach dem Abkommen von Spa — zugesagten Gesetzentwurf über die Sozialisierung des Kohlenbergbaus vorlegen wird, und zwar einen Entwurf, der sich nicht etwa auf einen Gewinn-, Kapital-, oder Ertragsberechnung der Arbeiter beschränkt, vielmehr die Vollsozialisierung der Kohlenförderung und der Kostenverteilung durchführt wird.“

Die Interpellation wird am 18. November im Reichstag zur Beratung gelangen. Die Regierung wird dann Farbe bekennen müssen.

### Die unmögliche Hohenzollernabfindung.

Die Sitzung des Rechtsausschusses der preussischen Landversammlung am Sonnabend hat endlich volle Klarheit gebracht: dem Landtage vorgelegte Vergleich zwischen Krone und Staat ist als eine Ungeheuerlichkeit erwiesen worden, die unter keinen Umständen Annahme finden darf. Er beläßt den Hohenzollern ein durchweg zinstragendes Vermögen, dessen Höhe man nicht kennt, das aber sicher tausend Millionen weit übersteigt, während er dem Staat mit einer jährlichen Mehrausgabe von 50 Millionen Mark belastet. Dem unermüdlichen Drängen unserer Genossen ist es gelungen, herbeizuführen, daß von diesem lange genug verdeckten Bilde endlich der Schleier weggezogen wurde, und selbst mancher alte Monarchist wird nun erschrocken davor stehen.

Die Rechtslage, auf Grund deren man dem preussischen Volke in seiner tiefsten Not diese schändliche Zumutung stellt, ist so unklar, wie nur irgend möglich. Offenbar hat der Vertreter der Hohenzollern, Justizrat Löwenfeld, das Schicksal der Gutachten deshalb unterschlagen, weil er nicht wollte, daß die Öffentlichkeit auf den höchst unsicheren Charakter dieser Rechtsverhältnisse aufmerksam wird. Erzählt doch Schlüßing wundervoll, wie der kurfürstliche Staatsrat, der einst aus dem Verkauf holländischer Soldaten nach Amerika entstanden ist, zwischen dem Kurfürsten und den Ständen geteilt, dann aber von Bismarck völlig beschlagnahmt wurde, weil die eine Hälfte dem Staate, das heißt nach 1866 Preußen, die andere Hälfte dem Herrscher, das wäre der König von Preußen — zufalle. Wie schade, daß die Republik keinen Bismarck hat, der die Abfindungsfrage mit Energie und politischem Sinn löst!

Die bürgerlichen Parteien versuchen trotz alledem noch immer, den Vergleich durchzusetzen. Sie stützen sich darauf, daß sich seinerzeit Südekum hat hineinlegen lassen, wie sich beinahe auch der Rechtsausschuss hätte überbieten lassen. Aber auch dieses Argument wird ihnen nicht helfen: Im Wahlkampf um Preußen wird das Volk zum ersten, aber vielleicht nicht zum letzten Male darüber entscheiden, ob wirklich die Hohenzollern eine Milliarde und der preussische Staat jedes Jahr 50 Millionen mehr Schulden bekommen sollen.

### Auf einen Schelmen anderthalb.

Die Rechts„unabhängigen“ haben ihren abgepluterten Freunden den schönen Namen „Neukommunisten“ gegeben. Darüber sind diese nicht gerade sehr erfreut. Schon seit langem können sie auf Rache. Jetzt endlich haben sie die richtige Bezeichnung für die Raspien-Deute gefunden. Gewissermaßen als Gegenstück zu den „Neukommunisten“ schufen sie, wie im „Gothaer Volksblatt“ jetzt gedruckt zu lesen ist, die „Neuantibolschewisten“.

### Die verhinderte Russen-Kundgebung.

Die „Freie sozialistische Jugend“ — die Flagge deckt eine falsche Ladung — es handelt sich um die kommunistische Jugend — in Dresden hatte für Sonntagvormittag durch Handzettel zu Kundgebungen für die russische Revolution und zu Demonstrationen aufgerufen. Die geplante Veranstaltung fand im Künstlerhaus statt. Im Anschluß daran bildeten die Teilnehmer, entgegen dem Verbot der Polizei, einen Zug. Die Demonstranten kamen der mehrmaligen Aufforderung, auseinanderzugehen, nicht nach. Als einige Teilnehmer festgenommen werden sollten, leitete die Menge Widerstand und mußte infolgedessen gewaltsam auseinandergetrieben werden.

### Kleine politische Nachrichten.

Durch eine Verordnung Zeligowskis werden die Wahlen zur versammelnden Versammlung für das ganze mittelländische Gebiet auf den 9. Januar angelegt.

Der Hauptauschuss der preussischen Landversammlung setzte die Altersgrenze der Beamten auf 65 Jahre fest.

In Mülhingen sind nach dem „Telegraaf“ 17 Mitglieder der irischen Freiwilligenpolizei durch Sauermeier getötet worden.

## Aus dem Freistaat Lübeck.

Montag, 8. November.

Eine Versammlung der Bürgerschaft findet am Montag abends 6 Uhr, statt.

Achtung, Jungsozialistische Vereinigung! Am Dienstag, dem 9. November, nehmen wir geschlossen an der Revolutionseier der S. W. D. teil. Treffen um 17 Uhr im Gewerkschaftshaus. Vollständiges Erscheinen ist erstes Gebot.

# Zur Milchpreiserhöhung

nehmen die in der Hanja-Meierei G. m. b. H. „Lübeck vereinigten Landwirte von Lübeck und Umgebend“ nach einem Hinweis des Direktors Baklan auf die schwierige Lage der ländlichen Bevölkerung eine Resolution an, in der es u. a. heißt: Wir erkennen die Notwendigkeit der Milchpreiserhöhung an, nachdem neuerdings wieder bedeutende Preissteigerungen für alle Betriebsmittel eingetreten sind. Die Preissteigerung auf 2 Mk. das Liter Vollmilch entspricht genau dem zehnfachen des Friedenspreises, während alle Gebrauchsstoffe für das Meiereigewerbe um ein Vielfaches gestiegen sind. Trotzdem bestrebt sich die vereinigte Landwirtschaft von Lübeck durch die von uns in der Hanja-Meierei geschaffene Organisation und Zusammenfassung aller Milchproduzierenden Kräfte in der Lage, bei besseren und größeren Leistungen in der Milchverarbeitung, als Kiel und Hamburg sie aufweist, zu einem billigeren Preise liefern zu können. Ohne Erhöhung der Preise kommt auch die hiesige Landwirtschaft, soweit sie Milch produziert, nicht aus, auch würde, wenn Lübeck sich von der Milchpreiserhöhung gänzlich ausschließen würde, damit Lübeck ein schlechter Dienst erwiesen sein, weil dann doch viele Kühe und Milch aus Lübeck's Milchverarbeitungsgebiet dahin abwandern würden, wo wesentlich höhere Preise gezahlt werden (Kiel, Hamburg, Rheinsland). Die in der Hanja-Meierei vereinigten Landwirte tragen aber der Schwere der Zeit Rechnung, indem sie sich zu folgenden Bedingungen mit einem bedingten Preise einverstanden erklären:

1. Butterpreise der Provinzial-Feinstmilk, Kiel (für den Erzeuger 15 Mark) sind auch für Lübeck maßgebend, da doch jedermann anerkennen muß, daß unsere gute Butter nicht billiger als Margarine geliefert werden kann.
  2. Die übrigen Preise bleiben in bisheriger Höhe bestehen mit Ausnahme des Vollmilchpreises.
- Der Vollmilchpreis wird bis auf weiteres von 140 Pfennig auf 190 Pfennig pro Liter erhöht (¼ Liter 48 Pfennig), doch verpflichtet sich die Hanja-Meierei, von jedem verkauften Liter Vollmilch 10 Pfennig an einer vom Landesverwaltungsamt zu ernennenden Behörde zurückzahlen (täglich 500 bis 1000 Mt.).
- Die Rückzahlung ist zu benutzen, um Bedürftige, Arbeitslose, Kranke, Ackerbau-Familien, Kleinrentner den Bezug von Vollmilch zu erleichtern. Nach unserer Berechnung dürfte dadurch ein großer Kreis Bedürftiger usw. in die Lage versetzt sein, die Milch zum bisherigen Preise beziehen zu können.
- Bedingung ist, daß auch die übrigen Händler Lübeck's gleichfalls 10 Pfennig, wie vorstehend geschildert, abführen, und diese Abführung gesichert ist.

Wir waren uns keinen Augenblick im Zweifel darüber, daß auch die Lübeck'schen Landwirte „ohne eine Erhöhung der Preise“ nicht auskommen. Einen Bauer, der heute mit dem Preis für seine Produkte zufrieden ist, gibt es ebensowenig, wie Interessenorganisationen, denen es an der nötigen Bezahlung für ihre Unkostenberechnungen mangelt. Den Kreislauf der Preiserhöhung haben wir seit Jahren schon so oft erlebt, daß es bald jedem klar sein muß, wie die Geschichte vor sich geht. Bei jeder Preiserhöhung landwirtschaftlicher Produkte wird immer so getan, als ob die Bauern gerade nur diesen einen Artikel erzeugen und gerade die Produktion dieses einen Erzeugnisses sich nicht rentiere. In unzähligen Beispielen haben wir im Laufe der Zeit die Unhaltbarkeit dieser Anschauung nachgewiesen. Aber auf den Nachweis kommt es heutzutage nicht an, sondern auf die Macht, seinen Willen durchzusetzen. Ihre Macht anzuwenden und die Not des Volkes auszunutzen, das ist den großen und kleinen Agrariern schon in Fleisch und Blut übergegangen.

Es ist ohne weiteres anzuerkennen, wenn die Hanja-Meierei gewillt ist, 10 Pf. pro Liter abzuführen. Auch einzelne Landwirte sollen sich, wie die Hanja-Meierei berichtet, zu einer gleichartigen Maßnahme bereit erklärt haben. Es handelt sich hier aber nur um eine freiwillige Abgabe. Bei dem bekannten sozialen Sinn der Bauern wird sich ja bald das Resultat zeigen. Aber selbst wenn dieses ein gutes wäre, so sind wir doch nicht in der Lage, es zu begehren. Denn die freiwillige Abgabe zeigt, daß es zum allermindesten möglich wäre, die Erhöhung um diese 20 Pf. pro Liter zu kürzen. Man soll also doch die soziale Draperie gefälligst im Hause behalten und um die Geldliche händen. Denn diese wird dadurch nicht weniger gefüllt, weil genug edle Bauern vorhanden sind, die sich auf andere Weise wieder schadlos halten. Es gibt noch viele Leute, die 30 und mehr Mark für das Pfund Butter bezahlen, die aus Milch hergestellt ist, welche man der Ullaemannheit entzieht.

Unsere ganze Auffassung vom Wirtschaftsleben und den Wirtschaftsgesetzen ist es einfach nicht zu, daß wir nun — bei aller schon erwähnten Anerkennung für die Milderung bei den ganz Bedürftigen — in ein Freudengetöse über die Resolution einstimmen. Entschieden sozialdemokratisch müssen wir die Unterstellung, daß die sozialdemokratischen Oberpräsidenten Moske und Kürbis die Schuld an der Preiserhöhung tragen. Wenn die Resolution sagt: „Die vereinigten Milchlieferanten der Hanja-Meierei nehmen davon Kenntnis, daß durch Befüllung der Oberpräsidenten Moske von Hannover und Kürbis von Schleswig-Holstein der Milchpreis bedeutend erhöht wurde“, so steht man nur zu deutlich, daß man durch diese Verdrehung der Tatsachen die eigentlichen Verursacher schonen will. Wir haben schon vorige Woche darauf hingewiesen und es oben abermals gesagt, daß die Macht der Agrarier unter dem Schutze der Regierung Hermes die Präsidenten zu diesem bedauerlichen und von uns abhört nicht gebilligten Schritt gezwungen haben. Wäre die Not in Deutschland als Folge der Kriegshetze und Heimstrategen nicht so riesenartig, dann würde den nimmerlatten Agrariern ein anderer Text gelesen werden.

Und wie steht es denn mit der zehnfachen Verteuerung gegenüber dem Friedenspreis? Hat denn das Volk eine Verteuerung seines Einkommens erzielt? Mit nichten! Die Arbeiter sind auch nicht an der erhörten Verteuerung der landwirtschaftlichen Verbrauchsstoffe schuld, die die Resolution anführt. Diese Verteuerung haben die Industrie-kapitalisten und Handelskapitalisten auf dem Gewissen, die ebenso krupellos vorgehen wie die Agrarier. Nehmen wir nur ein Beispiel aus der Aufrechnung in der Resolution heraus: Das Maschinenöl. Es ist um das zehnfache verteuert worden. Was verdienen denn die Aktionäre dieser Fabriken? Die Delmer's Stern-Comborn, Hamburg und Köln, haben von Jahr zu Jahr ihre Dividenden gesteigert und verteilen zuletzt 15 Proz. Dividende und 25 Proz. Bonus. Die Aktionäre haben im Laufe von wenigen Jahren ihre mit 1000 Mt. bezahlten Aktien mit 2020 Mark herausbekommen. So geht es mit allem andern. Produzenten und Erzeuger fuchen auf ihrem Gewinn, von dem sie nicht nur nichts ablassen, sondern den sie immer höher hinauf treiben wollen. Nur die breiten Volksmassen müssen tatenlos zusehen, wie sie immer mehr verkommen und der Unterernährung zum Opfer fallen. Solange der Profit als oberstes Sittengesetz gilt, wird es mit uns abwärts gehen. Auf diese Weise kommen wir zu keinem Lohnab- sondern nochedrungen zu einem Lohnaufbau, zu immer weiteren Preiserhöhungen. Von den erzwungenen Profitten können sich die Unerlässlichen zwar vorläufig noch auf mästen, aber das Volk diesem Treiben auf die Dauer tatenlos zusehen, steht auf einem anderen Blatt. In seinem eigenen Bett ist schon mancher erstickt.

Eine kommunistische Demonstration fand am Sonntag im Anschluss an die Revolutionsfeier statt. Im Gewerkschaftshaus hatten sich Unabhängige und Kommunisten getroffen. Nach den

Moskauer Vorschriften wurde auf die etwa 800 Personen zählende Versammlung eingetreten. Dann formierte sich aus etwa 200 Mann ein Zug, um die mangelnde Anteilnahme im geschlossenen Raum nach außen hin etwas mehr zu beleben. Von behördlicher Seite wurde den Demonstranten bedeutet, daß das Betreten des Banndreiecks nicht gestattet werde. Darauf erklärten die Moskauer, sie würden sich an diese Verordnung nicht halten. Durch getroffene Gegenmaßnahmen wurden die Demonstranten von ihrem Vorhaben abgehalten.

Die Musik kommt! Nach Blättermeldungen wird Obermusikmeister Clausniger von Schwerin nach Lübeck verlegt, um die Kapelle vom 2. Bataillon des Reichswehr-Infanterie-Regiments Nr. 8 zu leiten. Nachfolger Clausnigers in Schwerin wird Obermusikmeister Zehe in Guttin.

Stadttheater. Dienstag wird das Lustspiel „Die deutschen Kleinkinder“ wiederholt. Mittwoch: Orpheo, Donnerstag: Undine.

## Angrenzende Gebiete.

Stockdorf. Der Abmarsch zur Revolutionsfeier am Dienstag, dem 9. November im Gewerkschaftshaus Lübeck erfolgt um 6¼ Uhr vom Vereinslokal O. Diebrichsen aus.



# Die Revolutionsfeier

## des Sozialdemokratischen Vereins

am Dienstag abend im Gewerkschaftshaus muß zu einer machtvollen Kundgebung der Lübecker Arbeiterschaft werden. Alle Vorkehrungen sind getroffen, um den denkwürdigen Tag auch zu einem genussreichen zu gestalten. Keiner fehle!



## Theater und Musik.

„Undine“, romantische Zauberoper von Albert Lortzing. Gemeinhin pflegt man „Undine“ nicht zu den Meisteropern Albert Lortzings zu rechnen. Mit dieser Klassifizierung tut man jedoch sowohl Lortzing wie „Undine“ Unrecht. Die Oper verdient diese Zurücksetzung nicht. Gewiß, sie erreicht weder die musikalischen Qualitäten des „Waffenschmied“, noch von „Der und Zimmermann“, oder gar von dem köstlichen „Waldschütz“. Aber wenn schon, diese romantische Zauberoper steht turmhoch über so vielem, was sich sonst vielfach auf der Opernbühne findet, besonders nachdem man sie gründlich von allem gereinigt hat, das sich im Laufe der Jahre nach dem Tode Lortzings an fremden Einschübeln eingeschlichen hatte. Unser Stadttheater tat wohl daran, „Undine“ von neuem in den Spielplan aufzunehmen. Die herrliche Einrichtung hatte Dr. Erdmann von Ruxleben besorgt. Er hatte nicht nur hübsche, ansprechende Bühnenbilder geschaffen, sondern es auch verstanden, das Zauberhafte mit dem Humorvollen auf das Beste zu verschmelzen, ohne daß eine Klüft entstand. Auch das Problem, das aus „Undine“ hervorleuchtet, wenn man die Oper ihres Zauberhaftes entkleidet, ist mir noch niemals so greifbar klar geworden, wie an Sonnabend, weil es geradezu plastisch herausgearbeitet war: die von dem Ritter Hugo verschmähte Undine hat im Wasser ihr Ende gesucht und gefunden. Als dann aber Hugo an Bertaldas Seite das erhoffte Glück nicht findet, zieht es ihn mit Ungewalt hinab zu der einst Verlöbten, um mit ihr wenigstens noch im Tode vereinigt zu sein. Die seelenlose Undine sang Annemarie Gander. Die Partie stellt ziemlich hohe Anforderungen, weil Traum und Wirklichkeit möglichst in Einklang stehen sollen. Die nicht unbegabte Sängerin stellte eine Märchenprinzessin hin, die ganz ausgezeichnet war. Die gefanglich konnte sie durchaus befriedigen, so daß der Gesamteindruck der allerbeste war. Die hübsche, wenig sympathische Bertalda hatte in Elfrida Henrich eine Vertreterin von dramatischem Schwung und guten Gelangsmannieren gefunden. Kurt Heilmberg war als Hugo in Gesang und Darstellung recht annehmbar; manchmal hätte ich allerdings seinem Hugo weniger Zurückhaltung gewünscht. Den Wasserfürsten Rühleborn gab der vortreffliche Josef Rissowski im Stile des „fliegenden Holländers“. Das Dämonische im Charakter prägte er gut aus. Gesanglich war bei ihm alles wohlbestellt. Gar köstlich gab Albert Hugelmann den weinsüßigen Kellermesser Hans; er hatte wirklichem Humor. Josef Sahlig war als Schildknappe weit der rechte Mann am rechten Platz. Der linke und gelangstüchtige Butze fand durch ihn eine recht befähigte Nebenrolle. Auch die kleineren Rollen: der Vater Heilmann, der Fischer Tobias und seine Frau Martha waren bei Josef Immenhoff, Erich Krohweh und Ruth Molnar gut aufgehoben. Um die musikalische Leitung bemühte sich Karl Mannstedt selbst. Mit Liebe hatte er sich in die Partitur verlesen, um alle Feinheiten herauszuholen, und seiner Kräfte und umsichtigen Leitung war es zu danken, wenn Ensemble und Orchester so gut auf einander abgestimmt waren. Einen guten Eindruck hinterließ der Baasens-Tanz, den Martha A. Stolze einstudierte hatte. Das Fuhstium bereicherte der Zauberoper eine geradezu enthusiastische Aufnahme. Besonders am Schluß war der Beifall außerordentlich stark, so daß die Vertreter der Hauptpartien sich immer und immer wieder an der Rampe zeigen durften.

Im Sanatheater besetzte man am Freitag eine neue Operette: Jean Gilberts „Der erste Liebesgoldneit“. Wie man sich auch immer zu Gilbert stellen mag, das Zeugnis kann ihm niemand vorenthalten, daß er hier unerschöpflich in der Erfindung neuer, langbarer und flüssiger Melodien ist. Nicht immer sind es Schlager, die sich leicht einprägen; aber die Melodien wirken gefällig in ihrer Art. Daher ist es denn auch bezeichnend, daß einige Duette auf stürmischen Verlangen des Publikums wiederholt werden mußten. Ganz zweifellos würde die Musik Gilberts einen nachhaltigeren Eindruck hinterlassen, wenn Leo Kastners Text etwas kurzweiliger wäre. Die Handlung, die ein wenig an „Hilfseltern“ erinnert, zerfällt und zerflattert jedoch, so daß man ihrer nicht recht froh wird. Gelpiet wurde frisch und flott. Ewald Kunze hatte zudem für ein gutes Zusammenstellen Sorge getragen. Obwohl er mit einer schweren Indisposition zu kämpfen hatte, gab er den Studenten Alex Köderich mit viel Temperament und wirkungsvollem Humor. Raff Günther zeichnete sich als Rudolf von Hofenstein vor allem durch warmes Empfinden und guten Gesang aus. Alle Lübecker's Worte war eine in höchster Maße ansprechende Marienbl. Den alten Bauern Sebastian Buchmaier gab in seiner bekannten köstlichen Art Reinhold Wolf. Eine recht quide Mann war Hilde Hin; in Nellu Theisen (Reise) hatte er eine ebenbürtige, ganz vorzügliche Partnerin gefunden. Recht niedlich gab der K. R. i. s. b. e. r. a. den kleinen Franzl. Dr. J. Harzem hielt das kleine Orchester fest am Wandel. Die im großen und ganzen wohlgeungene Darstellung fand bei dem zahlreichen Publikum neben lebhaftem Beifall eine überaus freundliche Aufnahme.

# Reich und Ausland.

Mord wegen eines verteilten Kusses. In Breslau traf bei einer Familie in der Reedenstraße der Arbeitslose Tommas mit einem 17jährigen Mädchen aus Königshütte zusammen. Als das Mädchen einen Kuss verteilte, tätete Tommas das Mädchen durch einen Kopfschuß. Tommas ist Mitglied eines Diebesbundes.

Wegen Kettenhandels und Verbreitens von Zigaretten wurde von der Strafkammer in Mannheim der Kaufmann Hugo Hermann Urbach aus Solmitz zu 2 Monaten Gefängnis und Geldstrafen von zusammen 20000 Mark, hilfsweise zu weiteren drei Jahren Gefängnis verurteilt. Der übermäßige Gewinn von 187000 Mark wird eingezogen. Die Frau des Angeklagten, die nach der Verhaftung ihres Mannes die Schilbungen fortzusetzen suchte, erhielt 10000 Mark Geldstrafe.

## Devisen-Kurse.

Hamburg, 6. November.

Amliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.

	6. Nov.	5. Nov.
Holland	100 fl. 2472 1/2	2472 1/2
Kopenhagen	100 Kr. 1097 1/2	1097 1/2
Stockholm	100 Kr. 1562 1/2	1567 1/2
Kristiania	100 Kr. 1087 1/2	1090
Belsingfors	100 Finn. Mk. 180	181 1/2
Schweden	100 Kr. 1265	1262 1/2
Wien (alt)	100 Kr. —	—
do. (neu)	100 Kr. 24	24
Budapest	100 Kr. —	—
Brag	100 Kr. 87	87
Spanien	100 Pesetas 1105	1110
London	1 £ 279 1/2	282 1/2
Paris	100 Frs. 497	500
Belgien	100 Frs. 528	532 1/2
Italien	100 Lire 295	295
Bukarest	100 Lei —	—
N. York telegr. Ausz. 1 Doll.	82 1/2	81 1/2
do. briefl. Ausz. od. Schek	81 1/2	81 1/2

## Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsport	Fahrzeit	Lage	Std.
Angekommen am 6. November.							
D.		Helm	Matthias	Kopenhagen	1		
D.		Kriemhild	Stemann	Opeidund	4		
D.		Zeeland	Dans	Königsberg	4		
E.		Thelias	Rieden		4		
Angekommen am 7. November.							
D.		Vineta	Solkonen	Opeidund	2		
D.		Belta	Börnschütt	Stettin	2		
D.		Fairplay 7	Daase	Rörge	8		
		Schute 25	Nielsen		8		
		Rahn 140	Dafe	Stralsund	8		
		Rahn 140	Arfmann		2		

# Neueste Nachrichten.

Die Streiklage in Berlin. U. Berlin, 8. November. Die „Montagspost“ weiß von einer Verhinderung der Streiklage zu berichten und schreibt u. a.: Es besteht die Gefahr, daß die Gas- und Wasserarbeiter sich heute dem Streik der Elektrizitätsarbeiter anschließen werden. Das Gesamtergebnis des am Sonnabend und Sonntag vorgenommenen Abstimmungen in den verschiedenen Bezirken liegt noch nicht vor. Aus verschiedenen Gasanstalten wird aber berichtet, daß bis 80 Prozent der Stimmberechtigten den Schiedspruch des städtischen Einigungsamtes abgelehnt haben. Von kommunistischer Seite wird versucht, die Leute zu bewegen, sofort nach der Feststellung des Abstimmungsergebnisses den Betrieb zu verlassen. Dazu kommt noch, daß sich auch die Straßenbahner dem Streik angeschlossen haben. Die Fahrer und Schaffner haben in der Abstimmung beschlossen, sich am Streik zu beteiligen.

U. Berlin, 8. November. Nachdem in einigen Bezirken das elektrische Licht gebrannt hatte, erlosch dieses wieder heute morgen 6 Uhr.

d'Annunzio marschiert gegen Südslawen. U. Jugano, 8. November. Während die Verhandlungen zwischen Italien und Südslawien heute in Santa Margherita Vigari beginnen sollen, hat d'Annunzio die Feindseligkeiten gegen Südslawien eröffnet, indem er die den Eingang zum Hafen von Sturari bildende Felsenküste durch seine Truppen besetzen ließ. Als daraufhin gellern südslawische Truppen das Feuer eröffneten, gingen die Truppen d'Annunzios vor und machten einige Gefangene.

Das italienische Betriebsrätegesetz. U. Rom, 8. November. Die von der Regierung eingeschickte parlamentarische Kommission zur Vorbereitung des Betriebsrätegesetzes hat heute ihre Arbeiten eingestellt, da eine Einigung über die Disziplinarvorschriften sowie über die Entlassung und Einstellung zwischen den Vertretern des Kapitals und der Arbeit nicht erzielt wurde.

Waffen in der Arbeiterbörse. U. Paris, 8. November. Die „Agence Havas“ berichtet aus Boulogne unter dem 6. ds. Mts.: Infolge eines Konfliktes zwischen Sozialisten und Patrioten schritt die Polizei zu einer Hausdurchsuchung im Lokal der Arbeiterbörse, wo Waffen, Bomben und Munition gefunden wurden. Es erfolgten 92 Verhaftungen. Die Polizei nahm daraufhin noch eine Durchsuchung der gleichfalls im Hause der Arbeiterbörse liegenden Wohnung des sozialistischen Deputierten Bucco vor; sie beschlagnahmte auch hier Waffen und Munition. Bucco wurde daraufhin gleichfalls festgenommen, später jedoch wieder freigelassen, da er einwandfrei nachweisen konnte, daß die Waffen ohne sein Wissen in seine Wohnung eingeschmuggelt waren.

Neue bolschewistische Erfolge. U. Stockholm, 8. November. Der Moskauer Heeresbericht vom 8. November meldet heftige Kämpfe bei Salkowo und die Eroberung der Bahnstation Jentischeist, wobei die Sowjettruppen große Beute machten. Sie erbeuteten sehr große Mengen Waffen, Munition und Borräte. Die Sowjettruppen nahmen die amerikanische Militärmission unter Führung des Generals Moxell gefangen.

Allgemeine Feier aus Anlaß des Waffenstillstandes in England. U. London, 8. November. „Daily Mail“ schreibt: Adm. Georg hat die Bestimmung genehmigt, nach der das öffentliche Leben des britischen Reiches nächsten Donnerstag, also am Tage der Unterzeichnung des Waffenstillstandes, von 11 bis 11,02 Uhr vollständig stillgelegt wird. Alle Eisenbahnen und sonstigen Verkehrsmittel ruhen auf zwei Minuten vollständig, also genau wie im vorigen Jahre.

Für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Nachrichten „Aus dem Freistaat Lübeck“ verantwortlich: Otto Friedrich; für die Rubrik „Aus dem Freistaat Lübeck“ verantwortlich: Hermann Bauer.

Verleger: Heinz Steinberg. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.



## Planwirtschaft.

Der Streit um die bestmögliche Organisation unserer heutigen Wirtschaft hat zu einer Gegenüberstellung der beiden Begriffe Planwirtschaft und Sozialisierung geführt. Diese Gegenüberstellung ist äußerst unglücklich gewählt. Denn im Grunde besteht zwischen Planwirtschaft und Sozialisierung überhaupt kein Unterschied. Die Verwirklichung des Sozialismus, die Ueberführung der Betriebe in den Gemeinbesitz, geschieht in der Hauptsache doch nicht zu dem Zwecke, die Unternehmergewinne dem Allgemeinbesitz zuzuführen — das ist die agitatorisch wirksamste Seite der Frage. Der Hauptzweck ist vielmehr die Organisation des Wirtschaftslebens: die Umwandlung der heutigen kapitalistischen Wirtschafts- und Sozialisierungs-Ordnung in eine sozialistische Wirtschafts-Ordnung! Die Umwandlung des heutigen planlosen Wirtschaftssystems in ein planmäßiges System, in eine Planwirtschaft.

Umgekehrt können wir uns heute eine planmäßige Wirtschaft nicht anders vorstellen, als daß sie voll und ganz in den Dienst der Allgemeinheit gestellt und das Einzelinteresse des Privatunternehmers ausgeschaltet wird. Mit anderen Worten: Planmäßige Wirtschaft erfordert Umgestaltung des privatkapitalistischen Systems in das sozialistische System. Das heißt: Planwirtschaft ist Sozialisierung. Eines bedingt geradezu das Andere.

Kann verbinden wir mit dem Worte Planwirtschaft ja nicht den Begriff einer planmäßigen Wirtschaft schlechthin, sondern eines ganz bestimmten Wirtschaftssystems, welches sich an die Namen Börsen und Wisse knüpft. Wollte man mag dieses futuristische Wirtssystem bei seiner Ausgestaltung richtig und durchführbar gewesen sein. Heute ist es jedenfalls durch die Ereignisse eines Jahres in unser schnelles Leben überholt.

Der Grundgedanke, von dem Wisse ausgeht, ist zweifellos richtig: Wir dürfen uns nicht darauf beschränken, diejenigen Betriebszweige zu verstaatlichen, die dafür reif sind. Sondern wir müssen auch die für die Verstaatlichung noch nicht reifen Betriebe nach vernünftigen Gesichtspunkten in unser Wirtschaftssystem einordnen und eingliedern. Die Vernunft und das volkswirtschaftliche Gemeinwohl — nicht das persönliche Interesse des einzelnen Unternehmers oder Kapitalisten — dürfen allein ausschlaggebend sein.

Ueber diese Fragen kann zwischen Sozialisten kein Streit sein. Wenn wir uns als Ziel die planmäßige Organisation der gesamten Wirtschaft gestellt haben, so können wir natürlich nicht grundsätzliche Gegner der Wisseschen Planwirtschaft sein. Der Gegensatz heißt dann auch nicht Sozialisierung oder Planwirtschaft — sondern Planwirtschaft oder freie Wirtschaft für die noch nicht zur Verstaatlichung (Nationalisierung) reifen Betriebe.

Der Eindruck, den das Rebeueß Wisse—Robert Schmidt auf dem Parteitage in Rassel machte, war denn auch der, daß sie beide an einander vorbeiredeten. Wisse mehr noch, als Schmidt. Ein grundsätzlicher Gegensatz trat nicht zutage. Wer von dieser Debatte eine Art Höhepunkt des Parteitages erwartet hatte, gleichsam eine Fortsetzung des Kampfes, der auf dem Weimarer Parteitage von den beiden geführt wurde, der sah sich enttäuscht. Es war keine Fortführung, nicht einmal eine Wiederholung des vorjährigen Meinungsstreites. Wisse hat sich eben völlig in eine Sackgasse verirrt. Das ist schade. Denn der Plan seiner Wirtschaft ist ebenso richtig, wie seine Kritik an unserem heutigen Wirtschaftssysteme berechtigt ist. Aber eine an sich gute Sache konnte garnicht schlechter geführt werden, als er sie geführt hat.

Er verlegte seine Kritik auf das persönliche Gebiet und veräumte es auch nur die kleinsten Andeutungen zu geben, wie er sich seine Planwirtschaft im einzelnen und ihre Durchführung im besonderen denkt. Bei diesen Fehlern Wisses setzte denn auch die Kritik des Genossen Schmidt ein.

Wir brauchen aber bei dem Wiederaufbau unserer Wirtschaft sowohl den Praktiker Robert Schmidt, wie den Theoretiker Rudolf Wisse. Wir hoffen, daß uns der letztere recht bald praktische Vorschläge macht und neue Wege weist, wie wir aus dem Chaos herauskommen.

## Aus dem Freistaat Lübeck.

Montag, 8. November.

### Arbeitsgemeinschaften als Unternehmer.

Die Stadt Altona hat mit der Schaffung von Arbeitsgemeinschaften ein beachtenswertes Beispiel wirksamer Selbsthilfe gegeben. In Altona war für Notstandsarbeiter die Aufstellung ausreichender Vorschläge schließlich unmöglich geworden, eben weil die Leistung des einzelnen Notstandsarbeiters eine völlig unbekannte „Größe“ war. Auch bei Einstellung erheblicher Beträge für „Unvorhergesehenes“ und „zur Abrundung“ ließen sich die Kosten einer Arbeit, Absehen von der ständig wachsenden Materialsteigerung, einfach wegen der unsicheren Arbeitsleistungen nicht mehr annähernd bestimmen. Man suchte einen Ausweg und fand ihn durch die Bildung von Arbeitsgemeinschaften, die zur Ausführung bestimmter Arbeiten als eine Art Unternehmerruppe auftraten. Die Folge war bald eine so wesentliche Besserung der Arbeitsleistungen, daß die Notstandsarbeiten in Altona nur noch auf diesem Wege ausgeführt werden konnten. Jede dieser Gemeinschaft besteht aus höchstens 250 Mitgliedern; mit Rücksicht auf das Gedeihen der Sache empfiehlt es sich, den Kreis nicht zu weit zu ziehen. Die Bezahlung erfolgt entsprechend der geleisteten Arbeit. Die Genossenschaft wählt selbst ihren Vorstand, der der Stadt rechtlich ebenso wie jeder Privatunternehmer gegenübersteht. Bei der Berechnung der Arbeiten submittieren die Genossenschaften gleich den Privatunternehmern. Erleichtert wird den Genossenschaften gleich die Tätigkeit dadurch, daß die Stadt ihnen wöchentlich Abschlagszahlungen entsprechend dem tarifierten Wert der jeweilig geleisteten Arbeit gewährt, damit die Genossenschaft ebenso wie der kapitalistische Unternehmer regelmäßig die Löhne an ihre Mitglieder zahlen kann. Natürlich ist die Zahlung der Krankentafeln- und Versicherungsbeiträge Sache der Genossenschaft; die Stadt hat mit dem einzelnen Mitgliede nichts zu tun. Die Frage der Entlohnung regelt daher die Genossenschaft selbst; gezahlt werden die Tariflöhne.

Derartige Genossenschaften bestehen bereits n. a. im Straßenbau, im Tiefbau, im Heimstättenbau. Einige Arbeitsgenossenschaften sind bereits handelsgerichtlich eingetragen; mit den übrigen verhandelt die Stadt noch wegen der Eintragung. Man ist in Altona dazu übergegangen, auch die noch in Regie beschäftigten Notstandsarbeiter zu Arbeitsgemeinschaften zusammenzufassen. Nebenfalls zeigen sich hier Möglichkeiten für den Aufbau der Erwerbslosigkeit und die Förderung unserer wirtschaftlichen Leistungen.

Der Lübecker Lehrerverein hielt, wie uns geschrieben wird, vorige Woche seine Jahresversammlung ab. Der von Gewerbeschullehrer Warnke erstattete Jahresbericht zeigte in großen Zügen das reiche Leben des Vereins in Vorträgen und Besprechungen pädagogischer, schulpolitischer und wirtschaftlicher Fragen. Um die Vereinsaufgaben in kommenden Zeiten sowohl hinsichtlich der Entwicklung unseres Lübecker Schulwesens als auch der Bekämpfung wirtschaftlicher Not der Lehrerschaft noch erweitern zu können, beschloß die Versammlung nahezu einstimmig eine bedeutende Erhöhung des Jahresbeitrages. Zu Vorstehenden wurden J. Reimann und E. Schermer gewählt. Der Verein ernannte den im 77. Lebensjahre stehenden Herrn F. Grossmühl anlässlich seiner 50jährigen Mitgliedschaft und seiner treuen Lehrertätigkeit zum Ehrenmitglied. Der außerordentlich starke Besuch der Versammlung läßt für das neue Vereinsjahr eine rege Teilnahme an der Lösung zeitgemäßer Schulfragen erhoffen.

ph. Diebstahl. Aus dem Walsraum eines landwirtschaftlichen Besitzes in der Nähe Lübecks ist kürzlich ein großer Posten Wäsche gestohlen worden. Für die Ergreifung des Täters sind 1000 Mk. Belohnung ausgesetzt.

## Angrenzende Gebiete.

### Die Sozialdemokratie in Schleswig-Holstein.

Riel. Die Sozialdemokratie Schleswig-Holsteins gibt heute ihren Jahresbericht heraus. Er umfaßt die Zeit vom 1. April 1919 bis 31. März 1920. Die Provinz ist in fünf Bezirke eingeteilt. Zum dritten Bezirk zählen außer Riel, Neumünster, die Kreise Borsb., Blön und Oldenburg, sowie die Provinz Lübeck: Sülz, Eutin. Zum fünften Bezirk zählt Wandsb., die Kreise Stormarn, Segeberg und Lauenburg: Sülz, Oldesloe. Bezirksleiter im dritten Bezirk ist Genosse Verdieck, Riel, für den fünften Bezirk Bauer-Kleinfeld. Weder in Eutin, noch in Oldesloe und Rendsburg konnten unsere Sekretäre Wohnung erhalten, so daß Genosse Verdieck die Geschäfte des dritten Bezirks von Riel aus führen muß und die Genossen Frölich und Bauer in ihren Sekretariatsorten vorläufig nur ihre Bureaus, nicht auch ihre Wohnungen hatten bzw. haben. Im Frühjahr 1920 fand eine Erweiterung des Bezirksvorstandes statt. Sie geschah vor allem mit Rücksicht auf die zu erwartenden Wahlen. Die Genossen Otto Eggerstedt, S. Jacobs, Mich. Hansen und W. Verdieck wurden in den Bezirksvorstand gewählt. Für Frauenversammlungen stellte sich vor allem Genossin Schröder zur Verfügung, ferner mehrere Genossinnen von Riel und Altona. In Versammlungen wurde eine besonders rührige Agitation in der Provinz Lübeck zur Wahl für den Oldenburger Landtag entfaltet; es fanden dort während der Wahlkampagne 82 Verammlungen statt. Nachdem sich in enger Fühlung mit dem Parteivorstand in Berlin Zentralstellen für die Agitation unter den Beamten und den Lehrern gebildet hatten, wurden auch in unserer Provinz Arbeitsgemeinschaften der sozialdemokratischen Beamten in Riel, Altona, Neumünster, Elmshorn und Schleswig ins Leben gerufen. Als unter der Leitung der Genossin M. Zuchacz-Berlin ein Hauptausflug für Arbeitermohlfahrt geründet wurde, entstanden auch in Riel und Altona solche Ausflüge. Andere Provinzorte dürften bald folgen. Aufgabe der Genossinnen wird es sein, insbesondere die Jugendmohlfahrtspflege zu betreiben. In der Agitation durch Flugblätter übte der Bezirksvorstand einige Zurückhaltung. Dies geschah nicht nur aus Rücksicht auf die enormen Kosten, sondern auch, weil Wahlen — abgesehen von der Provinz Lübeck — für uns vorläufig nicht in Frage kamen. In der Periode des Kapp-Zufluges fanden in Riel und mehreren Provinzorten fünf Verbreitungen statt, und zwar in etwa 800 000 Exemplaren. Bei der Landtagswahl in der Provinz Lübeck wurden zweimal Verbreitungen vorgenommen, wobei 42 000 Exemplare gebraucht wurden. An die Ortsvereine wurde zur Unterstützung bei den Hausagitationen für Organisationen und Parteiverbreitung ein Flugblatt in 30 000 Exemplaren abgegeben. Hatte der Bezirksverband am 1. April 1919 an männlichen Mitgliedern 61 011, so waren am 1. April 1920 zu verzeichnen 61 378 Mitglieder und 84 257 Mitglieder am 1. Juli 1920, somit ein Mehr von 3246 Mitgliedern. Anders bei den weiblichen Mitgliedern. Der Verlust an Streikungen, der zum wesentlichen Teil auf die Belagerung zurückzuführen ist, war durch Neueintritte nicht auszugleichen. Die Zahl der weiblichen Mitglieder am 1. April 1919 war 21 053, am 1. April 1920 16 860 und am 1. Juli 1920 nur 15 812, demnach in 1 1/2 Jahren ein Verlust von 5241. Die Gesamtzahl der Mitglieder betrug am 1. April 1919 82 064, am 1. April 1920 78 238 und am 1. Juli 1920 80 069; in 1 1/2 Jahren ein Gesamtverlust von 1995 Mitgliedern. Die Zahl der Ortsvereine stieg im Berichtsjahre von 258 auf 282; am 1. Juli 1920 betrug die Zahl 289.

Presse. Neben der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“, die bisher das ausschließliche Parteorgan in der Provinz war, ist die „Hamburgr Volkszeitung“ als selbständiges Organ und der „Kreie Arbeiter“ in Hulm hinzugekommen. Die „Westholsteinische Volkszeitung“, die in der Druckerlei des „Hamburgr Echo“ hergestelt wurde, mußte nach halbjährigem Bestehen ihr Erscheinen einstellen. Im vierten und fünften Bezirk sind neben den in der Provinz erscheinenden Blättern auch noch das „Hamburgr Echo“, der „Lübecker Volksbote“ und das „Berger-Sander-Bolksblatt“ in größeren Auflagen verbreitet. Die „Schleswig-Holsteinische Landpost“, die während des Krieges eingehen mußte, erscheint seit Juli 1920 wieder. Der Bezugspreis beträgt 20 Pfg. pro Exemplar. Das Blatt findet das ihr zukommende, sich stetig

## Maria Hendrina von Goch.

Novelle von Louise Schulze-Brück.

4. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Alle Augenblicke was anderes. Dann Konzert im Bahnhof und dann Ball. Und dann Fastnacht! — Und nun überprubelte sich die Hildegard und erzählte von Kränzchen und Maskenbällen und von tollem Mummenschanz, daß der Hendrina Augen immer größer wurden und immer glänzender, und sie fast den Atem anhielt und mit klopfendem Herzen zuhörte.

Während sie schwatzte, klammerte ihre Finger blitzschnell, sie schälte Kartoffeln und legte Gemüse und wirbelte an den Kochherd und stellte alles bei, und dann holte sie vom Haken einen Korb und war verschwunden und im Handumdrehen wieder zurück packte eine mächtige Bratwurst aus, und bald brokelte es in einer großen Pfanne, und die Hildegard klapperte mit Geschütz und rannte zwischen Küche und Stube hin und her, und als sie mit Schwaben und Erzählen fertig war, da dampfte auch schon das Essen auf dem Tisch.

„Notkaut und Brotwurst!“ Vater Weingärtner schmunzelte behaglich. „Des is mei Leibesse. Grad' als ob's Roggenbrot wär. 's geht doch nix drüber. Die Hildegard is ä Mädche wie Band. Alles was recht ist, ä Schwäbhas und ä Pfästerfengel, wo ä Geiß geht, do muß se dabei sein, un wann se emol müßt behäm bleime, is glawe, 's Herz mißt er verpringe. Un immer mit'm Schnawel vorn. Ammer ihr Sach' versteht sie! 's glawe, in ä'm Haus gibts besser Notkaut und Brotwurst.“

Nach dem Essen gingen sie wieder hinaus an den Rhein. Die Eisfläche lag jetzt ganz still. Das Knirschen und Knattern hatte aufgehört. Am Ufer waren die Leute schon in lebhaftester Tätigkeit. Die Eischollen, die wild durcheinander lagen, wurden beiseite geschafft, ein Durchgang geschaffen und geebnet. Auf das Rheineis liefst durfte noch niemand. Der Polizeidiener Kaulsch stand martialisch am Ufer aufgeschlängelt, ein anderer spazierte auf und ab. Es sei noch zu gefährlich, hieß es. Eine Zeitlang machte niemand einen Versuch. Aber drüben am andern Ufer, wo der Rühderheimer Berg sich in einer geraden Masse dehnt, da gingen ganze Trupps unruhig hin und her. Und plötzlich löste sich ein schwarzer Punkt von ihnen ab, sprang die feile Uferböschung hinab aufs Eis. Jetzt war er darauf, jetzt kam er eilig näher. Ein junger Bursch war's. Schon war er mitten auf dem Eis, schwenkte seine Rappe, schrie und jubelte lustig. Und nun sprangen andere da drüben auf die Eisfläche, bewerteten sich eilig vordwärts. Der erste war jetzt ganz nahe. Polizeidiener Kaulsch kam so eilig als es seine Würde erlaubte, näher, um dem Uebelthäter einen schlechten Empfang zu bereiten. Aber der sprang mit weiteren Sähen stromauf, während er seine Arme heftig schwenkte und dazu Hurra schrie. Dann kam er ans Land, ein Menschenhaufen sammelte sich um ihn, er war der Held, der erste, der herüberkommen war. Andere folgten, bald sah man ganze Trupps, die

sich durch das aufgetürmte Eis springend und hupend hindurchwanden. Es gab jedesmal einen lauten Jubel, wenn sie herüberkamen. Und nun konnte Kaulsch nichts mehr wehren. Soviel er auch hin und her rannte und heftig schalt, überall sprangen die jungen Burschen aufs Eis, rannten eilig hinüber ans andere Ufer.

Und nun durfte auch das Bahnen der Wege beginnen. Die Leute kamen mit ihren Rapseln und Schaufeln. Sie ebneten das Eis, bahnten einen Weg stromauf nach Rühderheim zu, das da drüben im Sonnenschein keine Dächer röhren ließ. Andere brachten schon Fische und Sand, um den Weg zu bestreuen. Es war schwere Arbeit, der Schweiß rann den Emigen trotz der Kälte von der Stirn. Aber sie schafften lustig mit viel derben Späßen. Es gab ja Verdienst, so Uebergang wurde ein Eisgeld erhoben, und wenn das Meter so blieb, dann würden wohl Tausende hinüber und herüber wandern. Sie wachten auch eifrig darüber, daß kein Unbefugter arbeitete, durch jahrelanges Herkommen war festgelegt, wer mitfahren durfte, und wehe dem, der sich hätte dazu drängen wollen. Zu beiden Seiten des Weges wurden hier und da Tannenbäumchen aufgeschlängt. Der Weg ging in hellen Schlangenumwindungen, wo gerade das Eis am besten war. Oben bei Rühderheim regte sich's auch. Der scharfe Augen hatte, konnte schon sehen, wie der Weg auch da entstand, auch schwarz bestreut und mit Bäumchen eingefaßt. Die Rühderheimer schaffte auch, hieß es. Und dann wurden Erinnerungen ausgetauscht, wie es war, das letztemal, als der Rhein zugin und das vorletztemal. Und ein ganz alter Schiffer, der aber noch eifrig die Hade schwang, fing auf einmal an zu erzählen: „So, wie da Rhei Anno achtzehnhundertundzwanzig zu is gange“ —

Hildegard Weingärtner hatte sich in Hendrinas Arm eingekuschelt und zog sie eifrig mit sich fort. Sie mußte heute noch mit ihr bereuen, daß sie mit zum Balle ginge. Der Beert natürlich auch. Ihre Augen gingen bewundernd über den schönen, großen Burschen. Tänzer genug hätten sie. So viel „Techni“ und auch Binger Bursche, als sie nur wollten.

„Gott, Hendrina, wann ich mir vorstell, wie köe du im weiße Kleid aussehe wirst.“ — Zum Ball in einem weißen Kleid — Hendrinas Herz begann unruhig zu klopfen. Aber sie war ja noch niemals auf einem Ball gewesen. Und das litte ihr Vater auch nicht! Ein Kleid sollte sie auch nicht!

„Ammer danze kannst du doch?“ — „Tanzel! Ja, Tanzstunde hatte sie gehabt im letzten Winter, als sie in Goch bei den Rühderheim in die Klosterschule ging. Natürlich nur Mädchen untereinander. Mit einem jungen Manne hatte sie noch nie getanzt.“ Die Hildegard sah sie erstaunt an. „Noch nie getanzt?! Und dann zog sie plötzlich die Hendrinas an sich und wisperte eindringlich fragen: „Du, hast du auch noch nie getanzt?“ — „Gott, Hendrina, wann ich mir vorstell, wie köe du im weiße Kleid aussehe wirst.“ —

Hendrina von Endert stand plötzlich still. Ein feuriges Rot stieg über ihr Gesicht, bis unter die Haarwurzeln. Und unsicher ging ihr Blick über die Hildegard, die sie so sonderbar ansah.

„Geführt? Ich? O, Hildegard.“ — Und da fing die kleine Fingerring an zu lachen, ganz laut. Sie lachte, daß ihr die Tränen in die Augen kamen. Und zwischen dem Lachen brachte sie nur mühsam heraus:

„Nei, ammer so was! Hendrina, mer soll's net glawe! Noch nie eine geführt!“ — Dann plötzlich war sie still. Und noch einmal wiederholte sie: „Reine? Nach de Beert net?“

„Beert? Aber das ist ja mein Vetter.“ — „Dei Vetter? No ja! Ammer deswegen kannst du doch führen!“

Sie sah Hendrina erwartungsvoll an. Aber die schüttelte heftig den Kopf. „Nei!“ — „Was bist du für ä Mädche? Mer meint, du wärscht in em Kloster gewese bis geschtern oder bis heut'. Hinnerm Beert misse mer uns steche. Der muß es dochstehe bei del'm Watter, daß ihr mitgeht uff'n Ball. Ä Kleid kriegst du auch gemacht. Dei Vater hot 's so derzu! Was macht's denn aus, wann du emol ä weiß Kleidche kriegst!“

Als am Abend dieses Tages Hendrina von Endert in ihrem Schrankbette lag, öffnete sie noch einmal die kleine Luke. Es war heller Mondschein, vom Rheineis schien ein weißer Schimmer auszugehen und das ganze Tal zu erfüllen. Der Hafeneck lag breit und weiß wie verzaubert, die laublosen Bäume der Kastanien stachen schwarz in den hellen Himmel. Hendrina von Endert sah lange hinaus. Zwischen zwei Kastanienbäumen stand eine einsame Bank. Da fiel ihr ein, was Hildegard heute erzählt hatte. Und während sie so lag und seltsame Gedanken durch ihren Kopf gingen, hörte sie draußen den schweren Schritt des Matthes, der die letzte Runde um das Schloß machte. Und schnell schloß sie die Luke. Und dann dachte sie an Beert. Sonderbar, daß sie sich bis heute niemals vorge stellt hatte, wie es wohl sein möchte, wenn der Beert sie kühnte. Und wie die Hildegard gelacht hatte über sie. Ja die, das war eine! Die wußte andere Dinge als sie, die doch fast ein halbes Jahr älter war.

Nebenan in der kleinen Stube richtete jetzt ihr Vater kein Nachtlager her. Der Beert schlief jetzt unter Deck. Sie war auf bewacht, die schöne Hendrina von Endert. Aber sie fühlte etwas wie eine Furcht im Herzen. Wor was? Sie hätte es nicht zu sagen gewußt. Ein Schauer lief über ihren Körper, sie hätte meinen mögen. Und doch war ihr wohl zumute, fast wie einem Kinde, das mit bangem Entzücken einen Blick in die Weihnachtsstube wirft. Die schöne Hendrina von Endert wußte nicht, daß sie schauerte vor dem ersten Blick, den sie getan hatte in ein unbekanntes Land.

Später schlief sie ein. Und im Traum sah sie auf der Bank zwischen den Kastanien.

Fortsetzung folgt.

Wahrende Interesse, was zu den besten Hoffnungen berechtigt. — Die Einnahmen der Bezirksverbandskasse erwiesen sich als viel zu gering, um die Schuld von der vorigen Wahl im Betrage von 40 000 Mark decken, die enorm gesteigerten Ausgaben für Agitation und Verwaltung bestreiten und noch einen genügenden Kampffonds ansammeln zu können. Deshalb beschloß man, die Wochenbeiträge der männlichen Mitglieder von 20 auf 30 Pf. zu erhöhen und einen Extrabeitrag von 1 Mk. pro männliches Mitglied zu erheben, der bis Ende März 1920 zu zahlen war. Außerdem wurden Wahlsondarmen herausgegeben, die solange verschrieben werden sollen, bis ein Betrag von 10 Mk. pro männliches Mitglied erzielt ist. Einige kleinere Ortsvereine haben diese Extrabeiträge bereits restlos abgeführt. Zu erwarten steht, daß in, wo die Wahlkämpfe in Wäldern bevorstehen, alle Genossen ihrer Pflicht gedenken werden. — In der Zeit vom 1. April 1919 bis Ende September 1920 fanden in jedem der fünf Unterbezirke je zwei Konferenzen statt. Außerdem waren in Apenrade anlässlich der Abstimmung und schließlich der Abtretung der ersten Zone zwei Konferenzen notwendig. Eine Frauenkonferenz tagte im September 1919 in Kiel. Gleichfalls in Kiel tagten in der Berichtsperiode zwei Jugendkonferenzen. In einigen Unterbezirken machten sich Konferenzen einzelner Kreise notwendig; auch fanden in einigen Bezirken Zusammenkünfte der Gemeindevertreter statt.

Wahrende Interesse, was zu den besten Hoffnungen berechtigt. — Die Einnahmen der Bezirksverbandskasse erwiesen sich als viel zu gering, um die Schuld von der vorigen Wahl im Betrage von 40 000 Mark decken, die enorm gesteigerten Ausgaben für Agitation und Verwaltung bestreiten und noch einen genügenden Kampffonds ansammeln zu können. Deshalb beschloß man, die Wochenbeiträge der männlichen Mitglieder von 20 auf 30 Pf. zu erhöhen und einen Extrabeitrag von 1 Mk. pro männliches Mitglied zu erheben, der bis Ende März 1920 zu zahlen war. Außerdem wurden Wahlsondarmen herausgegeben, die solange verschrieben werden sollen, bis ein Betrag von 10 Mk. pro männliches Mitglied erzielt ist. Einige kleinere Ortsvereine haben diese Extrabeiträge bereits restlos abgeführt. Zu erwarten steht, daß in, wo die Wahlkämpfe in Wäldern bevorstehen, alle Genossen ihrer Pflicht gedenken werden. — In der Zeit vom 1. April 1919 bis Ende September 1920 fanden in jedem der fünf Unterbezirke je zwei Konferenzen statt. Außerdem waren in Apenrade anlässlich der Abstimmung und schließlich der Abtretung der ersten Zone zwei Konferenzen notwendig. Eine Frauenkonferenz tagte im September 1919 in Kiel. Gleichfalls in Kiel tagten in der Berichtsperiode zwei Jugendkonferenzen. In einigen Unterbezirken machten sich Konferenzen einzelner Kreise notwendig; auch fanden in einigen Bezirken Zusammenkünfte der Gemeindevertreter statt.

Wahrende Interesse, was zu den besten Hoffnungen berechtigt. — Die Einnahmen der Bezirksverbandskasse erwiesen sich als viel zu gering, um die Schuld von der vorigen Wahl im Betrage von 40 000 Mark decken, die enorm gesteigerten Ausgaben für Agitation und Verwaltung bestreiten und noch einen genügenden Kampffonds ansammeln zu können. Deshalb beschloß man, die Wochenbeiträge der männlichen Mitglieder von 20 auf 30 Pf. zu erhöhen und einen Extrabeitrag von 1 Mk. pro männliches Mitglied zu erheben, der bis Ende März 1920 zu zahlen war. Außerdem wurden Wahlsondarmen herausgegeben, die solange verschrieben werden sollen, bis ein Betrag von 10 Mk. pro männliches Mitglied erzielt ist. Einige kleinere Ortsvereine haben diese Extrabeiträge bereits restlos abgeführt. Zu erwarten steht, daß in, wo die Wahlkämpfe in Wäldern bevorstehen, alle Genossen ihrer Pflicht gedenken werden. — In der Zeit vom 1. April 1919 bis Ende September 1920 fanden in jedem der fünf Unterbezirke je zwei Konferenzen statt. Außerdem waren in Apenrade anlässlich der Abstimmung und schließlich der Abtretung der ersten Zone zwei Konferenzen notwendig. Eine Frauenkonferenz tagte im September 1919 in Kiel. Gleichfalls in Kiel tagten in der Berichtsperiode zwei Jugendkonferenzen. In einigen Unterbezirken machten sich Konferenzen einzelner Kreise notwendig; auch fanden in einigen Bezirken Zusammenkünfte der Gemeindevertreter statt.



**Hühneraugen**  
Hornhaut, Schwielen u. Warzen  
beseitigt schnell, sicher u. schmerzlos.  
**Kukirol** 100 000 fach bewährt  
— Preis M. 3 —  
In Apotheken u. Drogerien erhältlich.

# Solstenhaus

LÜBECK

## Voranzeige!

Mittwoch • Donnerstag • Freitag • Sonnabend

# Billige Haushalts-Tage

Verkauf zu **fabelhaft billigen** Preisen!

# Warten Sie

darum mit ihren Einkäufen!

9214

## Für Geburtstags- und Verlobungsgeschenke

eignen sich unsere in den verschiedensten Preislagen vorrätigen Briefkastetten, Briefmappen, Damenschreibmappen, Blumen-Briefkarten mit Umschlägen, Notizbüchlein in Batilpapier-Umschlag, Visitenkarten und die reichhaltige Unterhaltungsliteratur.

Besuchen Sie unsere Schaufenster!

**Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.**  
Lübecker Volksbote  
Johannisstraße 46.

## Charleville.

Dunkle Punkte aus dem Etappenleben.  
Von Dr. Wilhelm Appens,  
Dortmund.  
Mk. 1.50.

Buchh. Fr. Meyer & Co.

## Anzeigen

für briefige und auswärtige Zeitungen und Zeitschriften vermittelt zu Originalpreisen

Die Geschäftsstelle des „Lübecker Volksboten“  
Johannisstraße 46.

## Jugend-Liederbuch

Mk. 2.00  
wieder vorrätig.  
Buchhandlung  
Friedr. Meyer & Co.

Wir erlauben uns hierdurch, höflichst zur Kenntnis zu bringen, daß wir mit dem heutigen Tage in dem Grundstück **Ecke Engelsgrube-Untertrave**

## eine Sparkassenkasse Abteilung Hafen (Drehbrücke)

eröffnet haben. Die Abteilung erledigt die Abwicklung sämtlicher geldgeschäftlichen Angelegenheiten.

Wir empfehlen dem Publikum diese Einrichtung und werden bestrebt sein, alle Aufträge in jeder Weise zur vollsten Zufriedenheit auszuführen.

**Kreditbank Lübeck**  
e. G. m. b. H.

9198